

Vorschläge  
zur Erhaltung der inneren Sicherheit

1. In den letzten 3 Wochen gab es in den Territorien differenziert eine Eskalation von Gewalt insbesondere gegen Ämter für Nationale Sicherheit, Bedrohungen und Angriffe auf staatliche Funktionsträger und Mitglieder der SED sowie faschistisch motivierte Straftaten. Das Spektrum der Träger solcher Handlungen ist differenziert. Besondere Gefahren gehen von alten und jungen faschistisch eingestellten Personen und ihren Organisationsstrukturen (soweit diese erkennbar sind) aus. Flankiert werden diese Kräfte von einem nationalistischen Potential und Personen mit starken nationalen Gefühlen. Jedoch muß Ideen- und Handlungskonformität nicht gegeben sein. Zugleich erhebt sich etwa seit Mitte voriger Woche eine starke antifaschistische und antinationalistische Volksbewegung.
2. Nationalistische und faschistische Kräfte versuchen, Demonstrationen zu befeuern, um Öffentlichkeit, Sympathie und Anhang zu gewinnen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird zu diesem Zweck ein offensiver "Polittourismus" in Szene gesetzt. Diese Kräfte nutzen alle Demonstrationen aller politischen Kräfte, egal ob sie unter der Flagge der Menschenrechte, des Umweltschutzes oder sogar gegen Ausländerfeindlichkeit gerichtet sind. Über diesen politisch logischen Ansatz hinaus erstreckt sich ihre Strategie offensichtlich auch darauf,
  - in persona in demokratische Organisationen einzusickern,
  - selbst organisatorische Initiativen zu entwickeln.

KOPIE  
BILD

Dazu sind ihnen die schillerndsten demokratischen Lösungen recht.

Dies entspricht übrigens dem alten Gedanken der Faschisten, sich national, demokratisch und sozialistisch zu geben. In Westeuropa besetzen sie seit einiger Zeit auch radikal ökologische Felder.

Sie wollen sich einen verfassungsrechtlich legitimen Anstrich geben. Das gelingt ihnen in der BRD und anderswo (deshalb gehen Verfassungsschutzberichte in der BRD fast nur auf ganz Ultrarechts - militante Kräfte ein). Verfassungsrechtliche Legitimation streben sie auch in der DDR an.

3. Diese "Sicker- und Plattformstrategie" die organisatorisch offensichtlich geschickt abgedeckt ist, bemerken Vertreter des Neuen Forums und andere demokratische Basisinitiativen. (Siehe Rundfunkinterview mit einem Vertreter des Neuen Forums von der Leipziger Demonstration am 11.12.89 - Jugendradio DT 64, siehe auch Artikel des Journalisten Alexander Osang in der BZ vom 11.12.89, S. 5)

4. Alles muß jetzt getan werden, die antifaschistische Volksbewegung (Aktionseinheit) zu fördern und mit der Bewegung für Demokratie und Erneuerung zu verkoppeln. Viele Organisationen und Kräfte sind bereit (Kirchen, Kulturbund, Bund der Antifaschisten, SED, Demokratischer Aufbruch u. v. a. mehr. Doch

Sie wollen gesetzlichen Boden und Schutz haben.

Das muß die Regierung sein. Sie tritt damit mit an die Spitze der Bewegung.

Es wird vorgeschlagen:

- a) möglichst noch in der nächsten Woche mit den etablierten Parteien und Organisationen, den Kirchen und Religionsgemeinschaften und evtl. auch neuen Organisationen (NF, DA, D "Jetzt", SDP, Grüne usw.) einen Runden Tisch und mit Presse durchzuführen.

Grund: psychologisches Aufbauen, sonst zerfällt Bewegung!

Inhalt: "Exakter" Lagebericht, was in der DDR los ist,

- Erkenntnisse der Kriminalpolizei über Rechtsradikalen Ober- und Untergrund
- Vorkommnisse des Vandalismus, Programmversuche, auch Selbstmorde sprechen lassen
- politische Losungen auf Demonstrationen

Wenn machbar, eine Dokumentation fertigen lassen.

(Federführung Stah Information; Beteiligung K; Erlaubniswesen, ...)

- Sicherheitsgemeinschaft gegen Straftaten insbesondere Gewalt von Rechts anbieten und Unterstützung erlangen.
- Aufforderung an alle demokratischen Organisationen, sich programmatisch und statuarisch zu den Werten der Artikel 4, 5, 6 (3-5), 19 (1-2) 20, 27, 28, 29, 30, 39, 86, 87, 90 ff der Verfassung öffentlich und schriftlich zu bekennen.

Darum ist der Scheideweg: Rechts-Demokratie contra Verlogen auf Personen und Organisationen! und weiter: Es geht um die Alternative weißer Terror oder Demokratie.

- b) Erklärung zum Wahlkampf zur "Sicherheitsschiene" über die Medien oder die Volkskammer vorzunehmen.

Um das vorzubereiten sollte eine operative Arbeitsgruppe unverzüglich ins Leben gerufen werden.

6. Mai ist für Erneuerung entscheidend!

5. Es gilt, daß das Wahlgesetz klug abgefaßt wird!
6. Es sollten Sicherheitsprogramme für Schwerpunktbereiche erarbeitet werden!
  - a) Armee, VP unter Beachtung der Interessenvertretungen; Erkenntnisse liegen vor, daß das Einsickern auch in diese Bereiche strategisches Element darstellt
  - b) Schulen und Berufsschulen
  - c) Städtischer Freizeitbereich, insbesondere Jugendclubs und -zentren mit ausdrücklicher Motivation der Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen.

Sicherheitsprogramme müssen auch für bestimmte Bezirke erarbeitet werden. Es könnte zunächst eine Konzentration auf die Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Halle, Suhl, Erfurt, Cottbus, Potsdam und Berlin sowie Frankfurt (Oder) erfolgen.

7. Bildung einer Struktureinheit im MfIA - Kriminalpolizei - zur Bekämpfung rechtsradikaler Gewalt, Selbstjustiz und Terrorismus im MfIA mit den Strukturelementen. Auswertung, operative Arbeit, Untersuchung, Organisation. Gleiches auf ~~Bezirksebene~~ mit Direktunterstellung unter die Abteilung im MfIA.
8. Einrichtung von Kontaktstellen und Telefone des Vertrauens in allen Dienststellen der DVP zum Schutz der Bürger vor rechter Gewalt und Lynchjustiz. (Vertrauen auch zu Homosexuellen und Punks. - Sie sind Opfer von Faschisten.)
9. Bildung von Einsatzgruppen der S in allen Dienststellen (VPKÄ) nach dem Schnellkommandoprinzip unter Einbeziehung von Kräften anderer uniformierter Dienstzweige (ZB, GP Grenze usw.) auf Kommandierungsbasis.

Bildung von Einsatzgruppen K in den VPKA aus dem Bestand der AR I, VII, VIII und Grenzzoffiziere zur Aufdeckung und Untersuchung rechtsradikaler Aktivitäten.  
Stärken je nach territorialer Lage.

10. Zusammenziehen aller Unterlagen des Amtes für Nationale Sicherheit (operative Unterlagen, Untersuchungsakten) in der neuen Abteilung der K des MfIA. Gegebenenfalls gedeckte Übernahme von Mitarbeitern des Amtes, Schaffung eines Sicherheitstraktes.
11. Die Chefs und Leiter sollten nach dem "Rundtischgespräch" des Ministers in ihren Verantwortungsbereichen gleiches vollziehen, um auch in den Territorien an der Spitze der antifaschistischen Volksbewegung zu stehen.
12. Nationalistische Demonstrationen sollten nicht mit VP B u. a. Kräften gewaltsam aufgelöst werden. Die politische Auseinandersetzung auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Räumlichkeiten mit diesen Kräften muß durch die antifaschistische Aktionseinheit der demokratischen Kräfte erfolgen.  
VP muß jedoch sofort unter Nutzung der Möglichkeiten medienpolitischer Transparenz schnell und konsequent bei Gewalttätigkeiten einschreiten. Deshalb ist es erforderlich, permanenten Kontakt zu den territorialen Medien zu halten. Zweckmäßig ist, in allen Dienststellen einen Pressesprecher zu fungieren, die vertikal zum MfIA mit der Presseabteilung zusammenwirken.
13. Das Meldesystem des MfIA muß schnell auf die neue Lage eingestellt werden. Sofort gemeldet werden müssen:
- territoriale Rundtischgespräche, Inhalte, Reaktionen, Vereinbarungen
  - Kontaktadressen verfassungstreuer Kräfte in der Sicherheitspartnerschaft
  - alle Vorkommnisse, bei denen in irgendeiner Form der Verdacht besteht, daß rechtsradikale Kräfte gehandelt haben könnten (alle Strafparagrafen)
  - Erkenntnisse zu Personen und Gruppierungen rechtsradikaler Färbung, Personalien, Charakteristik, Verbindungen, Aktivitäten
- (alles SMO - strengste Geheimhaltung!)

14. Es könnte überlegt werden, ob ein gesellschaftlicher Beirat oder ein Volkskammerausschuß, in denen tatsächliche Demokraten, die für unser Land eintreten und Autorität genießen, eingesetzt wird, der die sicherheitspolitische Tätigkeit des MfIA auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze unterstützt.

15. Die wesentlichen Elemente des strategischen Vorgehens des MfIA.

- Sicherung von Akten und Daten des Amtes für Nationale Sicherheit
- Sicherung von Waffen und Ausrüstung des Amtes und der Kampfgruppen
- Sicherheitspolitischer Schutz der antifaschistischen Volksbewegung

sollten unter dem Block auf die rechte und faschistische Gefahr am Runden Tisch thematisiert werden. (Aktivitäten der Genossen Gysi und Berghofer, vielleicht Vorabsprachen mit den Kirchen u. a.)

Bestätigung der Strategie durch den Ministerrat. Es muß ein Block Runder Tisch und Regierung geschaffen werden.